

# Dagegenhalten, mit Anmut und Würde

Geschichtsstunde in Gegenwart: Von Amerika lernen | Von Ines Pohl

Jahrzehnte galten sie vielen Deutschen als Sehnsuchtsort. Mittlerweile wenden sich immer mehr mit Unverständnis, manche gar mit Abscheu von den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Dabei lohnt ein genauer Blick. Denn gerade jetzt gibt es viel zu lernen. Sechs Gedankenanstöße.

1. Damals, vor vier Jahren, als Donald Trump sich immer weiter absetzte in den primaries, innerparteilichen Wettstreit der Republikaner um die Präsidentschaftskandidatur, dachten viele Menschen in- und außerhalb Amerikas, dass das Amt, so er es gewinnen sollte, ihn schon bändigen würde. Auch dann noch, im weiteren Verlauf des Wahlkampfes, verziehen ihm viele die unflätigen Beschimpfungen, seine hasserfüllten Tiraden gegen seine Mitbewerberin, die Bedrohungen von Journalistinnen und Journalisten, die Ausfälle gegen Menschen mit Behinderung. Dachten, das sei Wahlkampfgetöse. Dass sich das schon geben würde. „The office shapes the man.“

Die Welt musste in den vergangenen Jahren bitter lernen, dass Populisten Populisten bleiben, ganz gleich, wo sie ihr Büro haben. Dass Geschäftsleute wie Politiker ihre Menschenverachtung nicht ablegen, nur weil sie einen Amtseid schwören.

2. Es ist nicht egal, wie Politiker über ihre politischen Gegner und Kritiker reden. Wir erleben gerade, mit welcher Langzeitwirkung das verbale Gift, das Trump nun seit vier Jahren über sein Land ausschüttet, die Gesellschaft von innen zersetzt. Durch die kontinuierlichen Verbalattacken des Präsidenten bestimmen Hass, Wut und Verachtung die Gefühle vieler Amerikaner. Worte sind Waffen. Keine Fliegenschisse. Im Umgang mit ihnen kann man nicht streng genug sein. Auch wenn man Gefahr läuft, als verbort oder humorlos bezeichnet zu werden.

3. Rassismus tötet. Dabei beginnen auch dort die mörderischen Taten im Kopf. Nachlässigkeit im Kampf gegen Ausgrenzung und Alltagsrassismen dürfen wir uns nicht erlauben. Auch in Deutschland gibt

es noch zu viele braune Flecken in wichtigen Institutionen, sind ausländerfeindliche Witze an der Tagesordnung, werden Minderheiten zu Sündenböcken erkoren. Dabei hat jedes Land natürlich seine spezifische Geschichte mit entsprechenden Herausforderungen. Aber keine Gesellschaft ist frei von Rassismus. Wir alle müssen unser Denken und Handeln immer wieder aufs Neue hinterfragen.

4. Ich war vor vier Jahren dabei und habe erlebt, wie Trump seinen Feldzug gegen die bestehenden Institutionen

aufsetzte. Wie er seinen Rassismus, seine Frauenverachtung, seine Wut auf das Streben einer funktionierenden Demokratie nach einer möglichst großen Chancengerechtigkeit verpackte als „Kampf gegen die da oben“. Die Eliten. Es muss allen Politikerinnen und Politikern eine Warnung sein, dass diese Form des Populismus am Ende die Grundfesten einer Demokratie angreift.

5. Amerika ist auch auf Selbstzerstörungskurs, weil es keine Räume mehr gibt, in denen Bürgerinnen und Bürger miteinander reden. Es gibt keine Gemeinsamkeiten mehr in den verbarrickierten Weltansichten der Social-Media-Realitäten. Auch die traditionellen Medien schaffen es kaum noch, Menschen außerhalb des jeweiligen politischen Spektrums zu erreichen. Diese wütende Abgrenzung öffnet Tür und Tor nicht nur für inländische Verschwörungsfanatiker. Sondern auch ausländischen Kräften, mit so handfesten wie dunklen politischen Absichten.

6. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Aber ich erwische mich manchmal dabei, wie abgestumpft ich bin, wenn es um den aktuellen Präsidenten der Vereinigten Staaten geht. Was noch vor wenigen Jahren einfach unvorstellbar gewesen wäre, gilt jetzt schon als neue Realität – Ausfälle gegen andere Staatsoberhäupter, Drohungen, Beschimpfungen. Die legendäre Antwort der ehemaligen First Lady Michelle Obama war ein früherer Versuch, andere Standards dagegenzusetzen. *When they go low, we go high*. Auch dabei können die USA eine Warnung sein. Ein respektvoller Umgang ist mehr als Etikette. Er ist die Basis auch für eine wirklich demokratische Meinungsbildung. Damit will ich nicht sagen, dass man nicht auch heftig um das bessere Argument streiten soll. Auch im politischen und medienöffentlichen Raum. Aber auch im schnellen Tweet sollte man einen anständigen Ton wahren. In diesen Tagen und Wochen erleben wir, wohin es führen kann, wenn ein Land den Respekt vor seinen Institutionen und dann am Ende vor sich selbst verliert.



**INES POHL**

war von 2017 bis 2020 Chefredakteurin der Deutschen Welle. Im Sommer dieses Jahres übernimmt sie die Leitung des Studios des Senders in Washington.

# Ein eklatanter Mangel an Führungsstärke

Soziale Netzwerke müssen endlich in die Pflicht genommen werden | Von Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt

Als Johannes Gutenberg Mitte des 15. Jahrhunderts den Druck mit beweglichen Lettern erfand, war das ein Segen für die Menschheit. Millionen von Menschen erhielten so in kurzer Zeit Zugang zu Bildung. Endlich konnte sich Wissen ausbreiten. Die Zensoren hatten es schwerer denn je zuvor in der Geschichte, Märchenerzähler auch.

Schon 50 Jahre nach Gutenbergs Erfindung waren Millionen von Büchern und anderen Druckerzeugnissen im Umlauf, eine für damalige Verhältnisse enorme Zahl. Das „finstere Mittelalter“ ging langsam, aber sicher seinem Ende entgegen.

Heute gibt es eine ähnlich revolutionäre Situation. Grund sind das Internet und vor allem die sogenannten sozialen Netzwerke. Facebook, YouTube, Twitter und Instagram haben das Alltagsverhalten von Menschen womöglich weit mehr verändert als jede andere Erfindung der vergangenen 100 Jahre. Sie haben auch die Politik und die Art und Weise, wie wir in demokratischen Gesellschaften Probleme miteinander verhandeln, stark verändert. Die USA und ihr „Twitter-in-Chief“ sind da längst nicht das einzige Beispiel.

Die Vorteile der sozialen Medien liegen offen auf der Hand. Ihr ultimatives Heilsversprechen ist die Demokratisierung der öffentlichen Kommunikation: Ab sofort kann jeder mit jedem kommunizieren, auf Augenhöhe und ohne Kosten.

Von einem Segen für die Menschheit möchte ich dennoch nicht reden – zumindest nicht in der aktuellen Situation. Facebook, Twitter und Co. sind verantwortlich für den Ausstoß ungeahnter Mengen an Falschinformationen, an Hassbotschaften und sogar an direkten oder verklausulierten Aufrufen zur Gewalt. Diese Plattformen müssen das Eldorado eines jeden Rassistens und Antisemiten sein.

Wirre Gedanken, die früher mangels Massenverbreitung zumeist in den eigenen Wänden fehlgeleiteter Menschen blieben, werden nun in alle Welt hinausgeblasen. Mit weitreichenden Folgen: Nicht nur gute Menschen, auch Fanatiker und Terroristen vernetzen sich – lokal wie global. Sie erfahren Bestätigung von Gleichgesinnten, und selbst der größte Wirrkopf findet wahr-



scheinlich in den digitalen Echokammern jemanden, der ihm recht gibt und noch mehr anstachelt. Die Geschichte hat uns auch gezeigt: Es reichen wenige Hetzer aus, um zu übelsten Gewalttaten anzustiften.

Die besonders Leidtragenden dieser Hetze sind meist religiöse und ethnische Minderheiten, Geflüchtete oder Menschen, die anders aussehen oder denken als die Mehrheit. Aber auch Staat und Gesellschaft sind in Gefahr: Stetige Fake News in sozialen Medien können Populisten an die Macht spülen und unsere angegriffenen Demokratien gefährden, die infolge der Coronavirus-Pandemie von drohender Arbeitslosigkeit, Rezession und öffentlicher Unzufriedenheit erschüttert sind.

Vor zwei Wochen stellte Bundesinnenminister Seehofer die Polizeiliche Kriminalstatistik für Deutschland vor. Noch nie in den vergangenen 20 Jahren wurden so viele jüdenfeindliche Vorfälle erfasst wie 2019. Die meisten davon sind Hassverbrechen. Und wir müssen dabei feststellen, dass die hohen Fallzahlen des Antisemitismus, die wir heute in Europa und Nordamerika (wieder) haben, ursächlich mit dem Erfolg der sozialen Netzwerke zusammenhängen.

Es gibt wahrscheinlich heute nicht mehr antisemitisch eingestellte Menschen als vor 20 Jahren. Aber sie sind heute lauter, treten selbstbewusster auf, werden mehr gehört, sind besser vernetzt und: Sie sind gefährlicher. Die zahlreichen Anschläge auf Synagogen, Kirchen und Moscheen, die wir in den vergangenen Jahren weltweit

beklagen mussten, kommen nicht von ungefähr.

Die schlimmste Waffe dabei ist der Hass, der sich wie ein Lauffeuer ausbreiten und der Einzelne dazu verleiten kann, ihre Gedanken von der virtuellen in die reale Welt zu überführen. In Pittsburgh, Christchurch, Halle – überall haben wir ähnliche Handlungsmuster erlebt – sie stehen in einem Zusammenhang mit den sozialen Medien.

Dennoch tut sich die Politik – die amerikanische ganz besonders, aber auch die europäische – schwer damit, klar rote Linien aufzuzeigen und notfalls regulierend einzugreifen.

Warum ist das so? Da ist zum einen die Tatsache, dass die Hater nur eine kleine Minderheit der Nutzer sozialer Netzwerke sind. Die übergroße Mehrheit verhält sich anständig, für die braucht es keine strikteren Regeln. Zum anderen sind wir uns als liberale westliche Gesellschaften immer noch nicht einig, wo die Grenzen zwischen Meinungsäußerung und Verleumdung liegen. Dass die Meinungsfreiheit dort ihre Schranken findet, wo die Grundrechte



**PINCHAS GOLDSCHMIDT**

ist Oberrabbiner von Moskau und Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz.

den der vergangenen Jahre und auch den vielen Hassverbrechen, die es zu beklagen galt, gelernt zu haben scheinen. Während Twitter jüngst immerhin eine Falschinformation des amerikanischen Präsidenten mit einer Klarstellung versah, hob Zuckerberg nur abwehrend seine Hände. Mit ihm werde so etwas nicht gelöscht, sagte er – auch zum Unmut vieler Facebook-Mitarbeiter.

Nun mögen einige Menschen bei Zuckerberg Prinzipientreue erkennen. Ich sehe dort dagegen einen eklatanten Mangel an Führungsstärke. Dass ausgerechnet ein jüdischer Unternehmer wie er nicht erkennen will oder kann, wohin ungebremseter Hass und propagandistische Verleumdung von Gruppen führen können, ist traurig. Und es ist geschichtsblind.

Das liberale Argument, dass es nicht Aufgabe Privater sein kann, Inhalte zu zensurieren und nur staatliche Gerichte solche einschneidenden Entscheidungen fällen dürfen, wirkt seltsam hohl. Es offenbart vielmehr, dass die allermeisten Strafverfolgungsbehörden der Welt – die Diktaturen mal ausgenommen – dem anschwellenden Hass in den sozialen Netzwerken hilf- und ressourcenlos gegenüberstehen.

Nein, auch Facebook, Twitter, Google und all die anderen haben eine Verpflichtung. Wenn sie bei uns und mit uns Geld verdienen wollen, kann man verlangen, dass sie Hass und Hetze einen Riegel vorschoben. Antisemitismus, Rassismus und Verleumdung sind eben keine Meinungen. Sie sind Vorstufen zu Verbrechen.

Antisemitische Hassbotschaften gehören gelöscht, und das nicht erst nach Tagen oder Wochen staatsanwaltlicher Ermittlungen, sondern mit sofortiger Entschlossenheit. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie, in der sich populistische Stimmungen schnell hochschaukeln. In einer Zeit, in der etwa Antisemiten, Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker eine gefährliche Melange bilden, müssen die Betreiber sozialer Netzwerke endlich dazu gezwungen werden, auch in ihrem Geschäftsbereich geltendes Recht anzuwenden.

Nicht, um Menschen zu gängeln oder zu zensurieren, sondern um Verbrechen in der realen Welt zu verhindern.

## AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



**GÜNTER BANNAS**

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefts. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

## Enten

Seit Wochen steht Angela Merkel in den Umfragen besser da denn je – weit vor der Konkurrenz von SPD und Grünen sowie jenen Politikern aus CDU und CSU, denen Ambitionen nachzusagen sind, sie im Amt der Bundeskanzlerin beerben zu wollen. Trotz einiger Zwischenhochs – wie in den vergangenen Tagen bei Sitzungen des Koalitionsausschusses – aber erlebt Merkel in der deutschen Innenpolitik derzeit, was amerikanischen Präsidenten in ihrer zweiten (und letzten) Amtszeit widerfährt: Das Schicksal einer „lame duck“. Es ist die Folge davon, dass sich Merkel darauf festgelegt hat, bei der nächsten Bundestagswahl nicht wieder antreten zu wollen. Nach den Gesetzmäßigkeiten der Politik haben Macht und Autorität und auch deren Verschwinden mit Erwartungen zu tun, was kommt – oder was eben nicht kommt.

Am deutlichsten tritt das bei der Bewältigung der Folgen der Coronakrise zutage. Überparteilich gibt es kaum einen Landesregierungschef, der nicht schon einmal vorgeprescht wäre – sei es anfangs bei Verschärfungen von Vorschriften und Reisebeschränkungen, sei es nun bei den Lockerungsmaßnahmen. Ergebnisse ihrer Telefonkonferenzen mit Merkel und die anschließenden Mitteilungen der Bundeskanzlerin haben nur eine kurze Geltungsdauer. Nicht die „Chefin“ in Berlin bestimmt den Kurs, sondern die Ministerpräsidenten in München, Düsseldorf, Mainz, Stuttgart, Schwerin, Dresden, Erfurt, Hannover, Potsdam, Magdeburg und Saarbrücken. Jede und jeder auf seine Weise, oft gestützt auf einen eigenen Haus-Virologen, versehen mit einer demokratischen Legitimation, den Interessen ihrer Länder verpflichtet und auch an die eigene politische Zukunft denkend. Bei Lockerungen aller Art (Schulen, Gaststätten, Sport, Gottesdienste, Reisen) verfolgt Merkel einen Kurs voller Warnungen vor einer zweiten „Pandemiewelle“. Die Ministerpräsidenten sind mutiger, was Merkel, bisweilen entnervt, für unvorsichtig hält. Auch Gerhard Schröder hatte seine Scharmützel mit Ministerpräsidenten, und als er selbst noch einer war, machte er Helmut Kohl das Leben schwer. „Sind denn die Zaunkönige immer noch nicht fertig?“, soll Konrad Adenauer einmal abschätzig gefragt haben, als sich eine Konferenz der Landesregierungschefs in die Länge zog. „Zaunkönige und Zaunköniginnen“ hieß es heute. Als listig und lautstark gilt der kleine Sperling, den schon die alten Griechen mit dem Beinamen „König“ versehen hatten.